

Presseinformation

Erinnerung als Auftrag: „Historischer Kalenderdienst“ 1/2023 (Januar/Februar/März)

Die 109. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten Januar, Februar und März hin. Im Jahr 2023 setzt der Kalenderdienst einen Schwerpunkt auf das Jahr 1953, dem Jahr des Volksaufstandes vom 17. Juni in der DDR.

Auf der Homepage <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de> finden Sie weiterhin täglich ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium. Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung. Die nächste Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erscheint am 27. Januar 2022.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Tilman Günther | Fon: 030 31 98 95 225 | E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de.

Vor 90 Jahren

30.01.1933	Tag der „Machtergreifung“: Adolf Hitler wird zum Reichskanzler ernannt.
23.03.1933	Der SPD-Fraktionsvorsitzende Otto Wels lehnt in einer Rede im Reichstag das von Adolf Hitler vorgelegte Ermächtigungsgesetz ab: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“. Alle anwesenden 94 SPD-Abgeordneten stimmen gegen das Gesetz.

Vor 75 Jahren

20.02.1948	Albanien: Zwei Katholische Bischöfe werden zum Tode verurteilt und hingerichtet.
23.02.1948	Rumänien: Zwangsvereinigung zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Partei.
25.02.1948	Februarumsturz in der Tschechoslowakei: Unter massivem Druck der Kommunisten nimmt Staatspräsident Beneš den Rücktritt der nichtkommunistischen Kabinettsmitglieder an. Damit erfolgt die Machübernahme der Kommunisten.
26.02.1948	Befehl Nr. 35 der SMAD: Ende der Entnazifizierung in der SBZ
12.03.1948	In Rumänien wird die Volksrepublik ausgerufen.
20.03.1948	Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland stellt nach Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und den Westalliierten über die Londoner Sechsmächtekonferenz seine Tätigkeit ein.

Vor 70 Jahren

04.01.1953	Das ZK der SED verkündet die Überprüfung aller Parteimitglieder, die vor 1945 in westlichen Staaten emigriert sind.
13.01.1953	„Ärzteverschwörung“ in der Sowjetunion: Die TASS meldet die Entlarvung einer „terroristischen“ jüdischen Ärzteguppe, die sowjetische Politiker durch falsche Behandlungsmethoden ermordet haben soll.
15.01.1953	Der bisherige Außenminister der DDR, Georg Dertinger (CDU), wird wegen angeblicher Spionage verhaftet und später zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.
19.01.1953	Unter dem Eindruck des Slánský-Prozesses in Prag im November 1952 fliehen fünf der acht jüdischen Gemeindevorsteher aus der DDR in die Bundesrepublik.
21.01.1953	Ost-Berliner Magistrat ordnet die Registrierung aller im Westteil der Stadt arbeitenden und die Schule besuchenden Ost-Berliner an.
23.01.1953	Die DDR-Behörden schaffen auch an der Grenze zwischen West-Berlin und dem DDR-Gebiet eine ein Kilometer breite Sperrzone, in der alle Geschäfte geschlossen werden müssen.
27.01.1953	SED-Politbüro beschließt Durchführung von Schauprozessen gegen Mitglieder der evangelischen „Jungen Gemeinde“.
03.02.1953	Das ZK der SED ruft den „Feldzug für strenge Sparsamkeit“ aus, um die Produktivität zu steigern und die „materielle und kulturelle Lage der werktätigen Massen zu verbessern“.
07.02.1953	Der Magistrat von Ost-Berlin weitet das seit November 1952 für den Handel geltende Verkaufsverbot aus. Fortan dürfen auch Ost-Berliner Hotels, Gaststätten, Imbissbuden und Kioske nichts mehr an West-Berliner verkaufen.
09.02.1953	Die DDR-Regierung verbietet Bürgern und Behörden den Kontakt zu „Vertretern ausländischer staatlicher Organe sowie [...] internationaler Organisationen“.
10.02.1953	Beginn der „Aktion Rose“, bei dem Privatquartiere und Hotels an der DDR-Ostseeküste beschlagnahmt und deren Besitzer als „Wirtschaftsverbrecher“ mit bis zu zehnjährigen Zuchthausstrafen belegt werden.
21.02.1953	Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) in der DDR wird zugunsten eines Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer aufgelöst.
21.02.1953	Elisabeth Reclam flieht als letzte Mitinhaberin des Philipp Reclam Verlags in Leipzig mit ihrer Tochter Ilse nach West-Berlin.
25.02.1953	Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen warnt die Evangelische Kirche die DDR-Führung vor einer Katastrophe. Die Massenflucht sei Folge des zunehmenden Drucks auf Privatunternehmen und der Zwangskollektivierungen.
26.02.1953	DDR-Ministerpräsident Grotewohl kündigt auf dem „Kongress der werktätigen Bauern“ die Bildung weiterer Produktionsgenossenschaften an, denen sich die Bauern anschließen müssten.

27.02.1953	Londoner Abkommen über deutsche Auslandsschulden: Bundesrepublik Deutschland übernimmt alle Auslandsschulden des Deutschen Reiches seit dem Ersten Weltkrieg.
05.03.1953	Der sowjetische Diktator Josef Stalin, der für Unterdrückung, Verfolgung und Massenmorde verantwortlich ist, stirbt im Alter von 73 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls.
06.03.1953	Die westdeutschen Länderchefs beschließen ein vereinfachtes Notaufnahmeverfahren für DDR-Flüchtlinge.
11.03.1953	Der Beirat der Berliner Verkehrs-Betriebe BVG beschließt, dass Ost-Berliner und DDR-Bürger künftig Rückfahrten aus West-Berlin auch mit Ostgeld bezahlen können.
12.03.1953	In Grenznähe zur DDR bei Lauenburg schießen sowjetische Jagdflieger ein britisches Militärflugzeug ab. Dabei kommen fünf Personen ums Leben.
14.03.1953	Sowjetunion: Nach Stalins Tod wird Nikita Chruschtschow zu einem der vier Sekretäre der KPdSU ernannt.
17.03.1953	Auf Beschluss des ZK der SED soll das Wohngebiet des Eisenhüttenkombinats Ost bei Fürstenberg/Oder ab dem 7. Mai in Stalinstadt umbenannt werden.
19.03.1953	Der Bundestag ratifiziert den Deutschlandvertrag über das Ende des Besatzungsstatuts für die Bundesrepublik und den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG).
19.03.1953	Die DDR-Regierung erlässt eine „Disziplinarverordnung für Richter“, wonach diese die Bürger „zur Bereitschaft beim Aufbau des Sozialismus und der Verteidigung der demokratischen Verteidigung erziehen“ sollen.
25.03.1953	Bundestag verabschiedet Bundesvertriebenengesetz mit Regelungen auch für Flüchtlinge aus der DDR.
27.03.1953	Das Luxemburger Abkommen tritt in Kraft. Danach sichert die Bundesrepublik den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus Wiedergutmachungszahlungen zu.
30.03.1953	Jugoslawische Bauern dürfen zwangsweise gebildete Kollektivwirtschaften wieder verlassen und ihr Eigentum behalten.

Vor 65 Jahren

09.01.1958	Außenhandel der DDR wird per Gesetz zum Staatsmonopol.
14.01.1958	Politbürobeschluss „Über die Rolle der Partei in der NVA“ – das Politbüro erhält damit mehr Einfluss auf militärische Entscheidungen als das Verteidigungsministerium.
28.01.1958	Ungarn: Geheimprozess gegen den früheren Ministerpräsidenten Imre Nagy und andere und endet am 16. Juni 1958 mit Todesurteilen.
06.02.1958	Die „Schirdewan-Gruppe“ wird des „Opportunismus“, der „Zersetzung“ und der „Fraktionsbildung“ in der SED beschuldigt. Kaderchef Karl Schirdewan, Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber und Chefideologe Fred Oelßner verlieren ihr Ämter.
12.02.1958	„Lange-Erlass“ des DDR-Volksbildungsministers macht den Religionsunterricht in den Schulen praktisch unmöglich.
13.02.1958	MfS verhaftet Thomas Ammer und andere Initiatoren der Widerstandsgruppe „Eisenberger Kreis“, die u. a. auf Flugblättern freie Wahlen und die Zulassung der Opposition gefordert hatte.
28.02.1958	3. Hochschulkonferenz der SED statuiert Kontrolle der Hochschulgremien durch SED- bzw. FDJ-Funktionäre.
18.03.1958	Sowjetunion: Etwa 4.300 Leningrader Studenten wurden laut einer Meldung der Komsomolskaja Prawda wegen ihrer kritischen Haltung zur Niederschlagung des Ungarn-Aufstands von den Hochschulen verwiesen.

Vor 60 Jahren

08.03.1963	Die Konferenz der Kirchenleitungen der DDR verabschiedet die „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“ über den Auftrag und den Standort der Kirche im sozialistischen Staat.
------------	--

Vor 55 Jahren

05.01.1968	Tschechoslowakei: Auf dem Januar-Plenum des ZK der Kommunistischen Partei wird Alexander Dubček zum neuen Vorsitzenden gewählt. Sein Amt wird von dem des Staatspräsidenten getrennt, das weiterhin Antonín Novotný bekleidet.
08.01.1968	Sowjetunion: In Moskau beginnt ein Aufsehen erregender Prozess gegen Aleksandr Ginzburg und drei weitere Schriftsteller, denen die Verbreitung von Untergrundliteratur vorgeworfen wird. Im Umfeld finden zahlreiche Proteste statt.
12.01.1968	Die Volkskammer beschließt das neue Strafgesetzbuch der DDR. Nach § 213 gilt ein ungesetzlicher Grenzübertritt, sogenannte Republikflucht, als Verbrechen und wird mit bis zu acht Jahren Haft bestraft.
30.01.1968	Polen: In Warschau kommt es nach der letzten, vom Publikum umjubelten Vorstellung von Adam Mickiewicz' „Die Totenfeier“ zu lautstarken Protesten gegen seine Absetzung. Sie sind Vorboten der Märzunruhen in Polen.
04.02.1968	Am 20. Jahrestag des rumänisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages läuft der Vertrag ohne Erneuerung aus.
06.02.1968	Zur Eröffnung der X. Olympischen Winterspiele in Grenoble gehen zum ersten Mal zwei deutsche Mannschaften an den Start.
22.02.1968	Auf den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der kommunistischen Machtergreifung spricht Dubček erstmals vor den Parteichefs der Ostblockstaaten über seine Reformvorhaben („Prager Frühling“) und erntet dafür Kritik.
04.03.1968	Tschechoslowakei: Die Dubček-Führung veranlasst die Aufhebung der Pressezensur und gibt damit ihr Parteimonopol über die Massenmedien auf. Die rechtliche Aufhebung im Parlament folgt im Juni.
08.03.1968	März-Unruhen in Polen: In Warschau werden die seit Januar währenden Studentenproteste gegen die Absetzung des Stücks „Die Totenfeier“ brutal von der Staatsmacht beendet. Es folgen landesweite Unruhen.
10.03.1968	Tschechoslowakei: 3.000 Studenten demonstrieren am Grab des früheren Außenministers Jan Masaryk, der bei der kommunistischen Machtergreifung 1948 unter ungeklärten Umständen ums Leben kam.
18.03.1968	DDR-Journalisten wird verboten, die tschechoslowakische Botschaft und das Haus der tschechoslowakischen Kultur in Ost-Berlin zu besuchen und über das Land zu berichten. Privat- und Geschäftsreisen in die ČSSR werden verboten.
19.03.1968	März-Unruhen in Polen: Vor dem Hintergrund der antisemitischen Kampagne, die sich gegen die protestierenden Studenten und Intellektuellen richtet, fordert Parteichef Gomułka die polnischen Juden zur Emigration auf.
23.03.1968	Auf dem als „Wirtschaftskonferenz“ getarnten Treffen der Warschauer-Pakt-Staaten Sowjetunion, Polen, DDR, Ungarn, Bulgarien und Tschechoslowakei in Dresden wird Dubček zur Beendigung seiner Reformpolitik aufgefordert.

Vor 50 Jahren

31.01.1973	Syrien wird zur Demokratischen Sozialistischen Volksrepublik erklärt.
20.02.1973	Die Schriftstellerin Brigitte Reimann stirbt in Ost-Berlin.
08.03.1973	In einer ersten offiziellen Stellungnahme in der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ lehnt die DDR Wiedergutmachungszahlungen für Israel ab.

Vor 45 Jahren

02.01.1978	„Der Spiegel“ veröffentlicht das „Manifest des Bundes Demokratischer Kommunisten“, in dem oppositionelle SED-Mitglieder über den Machtapparat und das Leben von Spitzenfunktionären informieren.
06.03.1978	Gespräch Erich Honeckers mit dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR führt zu einer Einigung bei der Altersversorgung der Pfarrer, Erleichterungen für kirchliche Kindergärten und monatlichen Sendezeiten in Funk und Fernsehen.
30.03.1978	Als erster westlicher Regierungschef besucht der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky die DDR.

Vor 40 Jahren

05.03.1983	In Ost-Berlin findet das erste Treffen des oppositionellen Netzwerkes „Konkret für den Frieden“ in der DDR statt.
07.03.1983	Der in die Bundesrepublik geflüchtete DDR-Fußballspieler Lutz Eigendorf stirbt an den Folgen eines Autounfalls, bei dem die Beteiligung der Staatssicherheit vermutet wird.
08.03.1983	Friedensgemeinschaft Jena meldet erste offizielle und kirchlich unabhängige Gedenkdemonstration zum Jahrestag der Bombardierung Jenas an. Der Antrag wird unter Hinweis auf die offizielle Veranstaltung an diesem Tag abgelehnt.

Vor 35 Jahren

08.01.1988	30 Vertreter von Umweltgruppen beschließen in Ost-Berlin die Gründung der „Arche – grün-ökologisches Netzwerk in der Evangelischen Kirche“.
10.01.1988	Jürgen Sparwasser, Schütze des 1:0 gegen die bundesdeutsche Mannschaft bei der Fußballweltmeisterschaft 1974, setzt sich anlässlich eines Spiels der Altherrenmannschaft des 1. FC Magdeburg in Saarbrücken ab.
17.01.1988	Rund 150 Mitglieder von Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Ost-Berlin verhaftet. Demonstranten hatten das Rosa-Luxemburg-Zitat „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ getragen.
25.01.1988	Schlag gegen die Friedensbewegung: Freya Klier, Bärbel Bohley, Lotte und Wolfgang Templin, Werner Fischer und Ralph Hirsch werden verhaftet.
02.02.1988	Freya Klier und Stephan Krawczyk werden aus der DDR-Haft nach Westdeutschland abgeschoben.
11.02.1988	Sowjetunion: Nach schweren Unruhen in Berg Karabach setzt Moskau Truppen ein.
19.02.1988	Pfarrer Christian Führer lädt erstmals zu Vortragsabend „Leben und Bleiben in der DDR“ in die Leipziger Nikolaikirche.
25.02.1988	Beginn des Abzugs sowjetischer Mittelstreckenraketen aus der DDR.
14.03.1988	Während der Leipziger Frühjahrsmesse kommt es unter den Augen westlicher Journalisten nach einem Friedensgebet in der Nikolaikirche zu einer Demonstration mit rund 100 Teilnehmern in der Innenstadt.

Vor 30 Jahren

04.01.1993	Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv nimmt ihre Arbeit auf.
11.01.1993	Schriftsteller Heiner Müller räumt regelmäßige Kontakte zum MfS ein.
12.01.1993	Das Berliner Landesverfassungsgericht gibt der Verfassungsbeschwerde des angeklagten Erich Honnecker statt und setzt den Todkranken auf freien Fuß. Er fliegt am selben Tag nach Chile.
21.01.1993	Die Öffentlichkeit erfährt, dass die Schriftstellerin Christa Wolf von 1959 bis 1962 „Gesellschaftlicher Informant“ des MfS war. Ihr selbst gewählter Deckname ist „Margarete“.
31.03.1993	Verfassungsbeschwerde abgelehnt: Die Bewährungsstrafe gegen Dresdens Ex-Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer wegen Wahlfälschung wird rechtskräftig.